

der Fall. Mit Ihrer Ideologie haben sie Stau verursacht und nicht aufgelöst. Das ist Tatsache unserer Verkehrspolitik.

Dann müssen wir dazu kommen, dass wir bei dem Schienenverkehr da weitermachen, wo wir mit RRX und Betuwe begonnen haben. Wir müssen endlich mit der Lebenslüge der deutschen Verkehrspolitik aufräumen: Güter von der Straße auf die Schiene. Gemeinsam haben wir 50 Jahre lang nichts dafür getan. Gemeinsam haben wir jetzt die Pflicht und Schuldigkeit, die Schiene so zu stabilisieren und so zu fördern, dass endlich ein adäquater Güteranteil auf der Schiene landen kann. Nicht schon wieder leere Versprechen: Verdoppelung, Verdreifachung! Das ist ein leeres Wahlkampfversprechen. Wir müssen dafür kämpfen, dass die Schiene das Niveau erhalten kann, denn das Schienennetz ist in einem erbärmlichen Zustand. In Nordrhein-Westfalen gibt es 79 Engpassstellen, 270 kaputte Brücken, viel zu kurze Bahnsteige. Ein Milliardenprogramm ist notwendig, um das Schienennetz zu ertüchtigen. Da wird noch mal so viel Geld fließen müssen wie für die Straße, und für die Straße fließen 14 Milliarden €.

Ich bin froh, dass mit Dr. Grube endlich jemand Chef der Bahn ist, der die Bürgerbahn als Perspektive hat. Er hat klipp und klar gesagt: Ich weiß, wie wichtig Nordrhein-Westfalen ist. Hier ist ein Investitionsschwerpunkt. – Grube sei Dank! Wir kommen Schritt für Schritt, Baustelle für Baustelle voran.

Neben Straße und Schiene müssen wir das ertüchtigen, was an zusätzlichen Verkehrswegen möglich ist. Deshalb werden wir den Radwegebau forcieren. Wir werden die Städte bestärken, die autogerechte Stadt mutiger und konsequenter zu beerdigen. Das ist ein historischer Irrtum gewesen, der korrigiert werden muss. Wir brauchen mehr Platz für Fußgänger und Radfahrer in unseren Städten. Dann werden auch Berufspendler attraktiver von A nach B kommen und weniger Stau produzieren. Zu dem Ausbau von Radschnellwegen bekennt sich inzwischen selbst die Bundesregierung. Bekennen auch Sie sich dazu. Das wird Ihnen praktisch weiterhelfen.

(Beifall von der SPD)

Letzte Bemerkung: Der Landesbetrieb Straßenbau ist inzwischen hochleistungsfähig. Nicht gebrauchen können wir das Gehampel bei der Einrichtung der Bundesfernstraßengesellschaft. Das, was Herr Schäuble mit seinem Privatisierungsvorschlag ausgelöst hat, ist unverantwortlich.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dafür haben wir Belege. Erste Bewerber, die eine Stellenzuweisung zum Landesbetrieb hatten, haben sich mit dem ausdrücklichen schriftlichen Hinweis zurückgezogen: Eine so unsichere Zukunft mute ich mir und meiner Familie nicht zu. Ich will nicht privatisiert werden, und ich will wissen, wo mein Arbeitsplatz ist.

Das wollen wir auch. Deshalb ist der Bund aufgefordert, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen. Klarheit und Wahrheit für die Beschäftigten ist auch Klarheit für die Betriebsperspektive unseres Straßennetzes.

Wir jedenfalls werden die Bundesstraßen nur übernehmen, wenn die Rechnung stimmt. Wir kaufen nicht die Katze im Sack. Deshalb muss der Bund endlich sagen, was er will. Was wir wollen, haben wir hinreichend erklärt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Damit sind alle Wortbeiträge abgearbeitet.

Wir kommen nun zur **Abstimmung** über den Einzelplan 09. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 16/13509, den Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer stimmt dem so zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Herr Schwerd, fraktionslos, Herr Schulz, fraktionslos, die Piraten, die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist gleichwohl der **Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13509 in zweiter Lesung** mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Justizministerium

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13504

Ich darf die Aussprache eröffnen und die Kolleginnen und Kollegen bitten, den Saal leise zu den weiteren wichtigen Verrichtungen des Tages, die außerhalb des Saales anstehen, zu verlassen. Diejenigen, die hierblieben, hören nun Herrn Kamieth zu. Das ist der Redner der CDU. Er hat jetzt das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2016 weist der Einzelplan 04 erneut Mehrausgaben aus, diesmal in Höhe von 117,2 Millionen €. Gegenüber dem ersten Haushalt der rot-grünen Landesregierung im Jahr 2011 werden sogar rund 700 Millionen € mehr ausgegeben.

Die Regierungsfractionen werden dies bejubeln.

(Sven Wolf [SPD]: Die Justiz auch!)

Das macht deutlich, dass Sie immer noch nicht rechnen können und insbesondere immer noch nicht zu einer vernünftigen Haushaltspolitik gefunden haben.

Das Geld auszugeben ist kein Wert an sich, erst recht nicht, wenn es sich dabei um das sauer verdiente Geld unserer Bürgerinnen und Bürger handelt.

Mehrausgaben können immer nur dann gerechtfertigt werden, wenn sich durch die Ausgabe tatsächlich die Situation verbessert. Davon kann im Justizbereich leider keine Rede sein. Aber schauen wir uns die rot-grüne Schlussbilanz einmal genauer an:

Allein im Betreuungsrecht ist erneut ein massiver Kostenanstieg um 21,3 Millionen € auf nunmehr 240,3 Millionen € zu verzeichnen, ohne dass die Landesregierung auch nur ansatzweise erkennen ließe, wie sich dieser große Ausgabenblock langfristig eindämmen lassen soll.

Auch die Kosten für die Versorgung und Betreuung von Gefangenen haben mit 35,2 Millionen € einen neuen Höchststand erreicht und liegen allein um über 4 Millionen € höher als im Jahr 2011.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Großartig!)

Dass sich die Situation im Strafvollzug dadurch verbessert hätte, wird niemand behaupten, der regelmäßig die Anstalten besucht und dort mit den Bediensteten und Gefangenen spricht. Die Verdoppelung der Suizidrate im NRW-Strafvollzug in diesem Jahr ist nur eines der vielen Negativbeispiele, die man in dem Zusammenhang nennen könnte.

Meine Damen und Herren, der Strafvollzug ist und bleibt im wahrsten Sinne des Wortes die Großbaustelle des Justizministers. Er hat es tatsächlich geschafft, den Behandlungsvollzug in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten komplett zum Erliegen zu bringen. Sie haben zwar viele wohlklingende Behandlungs- und Therapiemaßnahmen für Gefangene ins Gesetz geschrieben, in der Praxis können diese allerdings nicht umgesetzt werden, weil sie schlichtweg zu teuer sind und an allen Ecken und Enden das Personal dafür fehlt.

Sinnbild dieses Dilemmas ist die JVA Münster. Dort hat es die Landesregierung in sechs Jahren nicht geschafft, endlich einen Bauplatz für eine Justizvollzugsanstalt zu finden. Stattdessen hat man die denkmalgeschützte Anstalt schlichtweg verfallen lassen. Die Folge war, dass im letzten Sommer an einem Tag praktisch 500 Gefangene aus Münster evakuiert und hastig auf andere Anstalten im Land verteilt werden mussten. Dieser Vorgang ist deutschlandweit einmalig und schon allein deshalb hochnotpeinlich.

Durch die schlagartige Umverteilung der Häftlinge aus Münster auf andere Anstalten ist auch in diesen Anstalten, die ebenfalls größtenteils fast vor dem Überlaufen standen und zum Teil auf eine andere Klientel ausgerichtet waren, der Behandlungsansatz komplett zusammengebrochen und konnte nicht mehr aufrechterhalten werden.

Hinzu kommt, dass im geschlossenen Erwachsenenstrafvollzug ohnehin nicht genügend Einzelhaftsräume vorhanden sind, um den von Rot-Grün eingeführten Rechtsanspruch auf einen Einzelhaftstraum erfüllen zu können. Ich verweise dazu auf die Vorlage 16/4263 des Justizministeriums, aus der sich eindeutig ergibt, dass zum Stichtag 31.08.2016 im geschlossenen Erwachsenenvollzug 11.012 Häftlinge, aber nur 8.498 Einzelhaftsräume vorhanden waren. Das entspricht einem Fehlbestand von fast 2.500 Einzelhaftsräumen im geschlossenen Erwachsenenvollzug. Mit anderen Worten: Wenn alle Strafgefangenen ihren Rechtsanspruch kennen und durchsetzen würden, den Sie im vergangenen Jahr eingeführt haben, dann würde mit einem Schlag der Strafvollzug von heute auf morgen den Kollaps erleiden.

Auf die weiteren Missstände im Bereich der Rechtspolitik in Nordrhein-Westfalen kann ich leider nicht mehr zu sprechen kommen; dafür reichen fünf Minuten nicht aus. Es gäbe noch einiges zu sagen, zu der nach wie vor kritischen Personalbelastung von Richtern, Staatsanwälten, Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, Gerichtsvollziehern und dann natürlich zum Projekt Justizzentrum Bochum. Das ist ja praktisch der Berliner Flughafen dieser rot-grünen Landesregierung: Ständig steigen die Kosten. Der Fertigstellungszeitpunkt wird nach hinten geschoben. Im Großen und Ganzen ist dieser Haushaltsplan ein einziges Flickwerk, das von einem unseriösen Haushaltsumgang zeugt.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist daher der Einzelplan 04 nicht zustimmungsfähig. Dem Haushalt für den Verfassungsgerichtshof werden wir selbstverständlich zustimmen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kamieth. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Wolf.

Sven Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Redner der CDU-Fraktion hatte ich zwischendurch den Eindruck, er liest uns hier die Überschriften von Tagesordnungspunkten vor, die Sie im Rechtsausschuss beantragt haben. Aber bei der Debatte, lieber Jens Kamieth, bist du dann immer rausgegangen. Etwas anderes kann man aus dieser Rede nicht schließen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich gibt eine Haushaltsdebatte immer die Möglichkeit, ein bisschen etwas Grundsätzliches zur Rechtspolitik zu sagen. Das ist auch richtig. Ich glaube, CDU und FDP haben ganz viel Glück, dass ich jetzt hier stehe und zwischen den beiden rede; denn das wäre hier ein Schlagabtausch von ehemaligen Koalitionspartnern geworden, der nicht schön gewesen wäre.

Ich habe hier sehr deutlich wahrgenommen: Wir geben mehr Geld für die Justiz aus, und das ist der größte Fehler in der Rechtspolitik in Nordrhein-Westfalen. – Lieber Jens Kamieth, dann geh bitte mal in die Gerichte. Dann geh auch mal in die Justizvollzugsanstalten und frage danach, was wir in den letzten Jahren gemacht haben. Ich kann es nur deutlich wiederholen: Wir haben seit 2010 1.648 zusätzliche Stellen geschaffen. Diese Stellen helfen, dass wir das, was wir uns als Ziel gesetzt haben, auch umsetzen. Wir haben eine effektivere Justiz und einen deutlich humaneren Strafvollzug.

Heute Morgen war ich auch sehr erschrocken, als es hier um die grundsätzliche Debatte zum Haushalt ging. Da gab es insbesondere von den Kollegen von der CDU sehr viel Applaus für die Forderung, dass man doch einmal 10 % der Stellen pauschal streicht. Genau mit dieser Einstellung freue ich mich auf die Diskussion über die Rechtspolitik. Dann können wir – ich gehe davon aus, dass Herr Kollege Wedel noch darauf eingehen wird – noch einmal über die Belastungszahlen sprechen. Das passt alles überhaupt nicht zusammen. Wir werden auch mit dem Haushalt 2017 zusätzliche Stellen in der Justiz einrichten, um die Belastung bei den ordentlichen Gerichten zu senken. Wir kümmern uns um die Sozialgerichtsbarkeit und werden dort auch der steigenden Belastung gerecht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht eine große Herausforderung; das wissen Sie: die Digitalisierung in der Justiz. Nordrhein-Westfalen wird auch hier Vorreiter bleiben. Ich will es einmal so sagen: Wir legen noch einmal einen Zahn zu: 30 Millionen zusätzliche Sachmittel und für die Übergangszeit auch noch 50 zusätzliche Beschäftigte, die helfen, den größten Wandel in der Justiz oder in der Justizverwaltung der letzten Jahre erfolgreich zu meistern.

Zum Vollzug hat der Kollege Jens Kamieth hier ja schon einige Dinge erzählt. Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir das größte Justizvollzugsmodernisierungsprojekt auf den Weg gebracht haben, um die alten Anstalten zu modernisieren, um moderne Haftplätze zu schaffen.

Dann, lieber Jens Kamieth, hast du hier die JVA Münster angesprochen. Es ist natürlich gefährlich, wenn man als CDU-Politiker die Standortsuche in Münster anspricht. Alle Kolleginnen und Kollegen im Rechtsausschuss wissen sehr genau, woran es scheiterte, dass das Justizministerium und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb keinen Platz gefunden haben. Das lag an der Verweigerungshaltung der CDU im Bundesministerium für Verteidigung. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das werden wir auch in der Anhörung, die für die nächste Sitzung des Rechtsausschusses beantragt ist, sehr deutlich sagen. Aber soweit ich das gesehen

habe, weigert sich euer Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, hier im Landtag Rede und Antwort zu stehen. Diese Frage muss die CDU beantworten.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will aber kurz noch auf den Punkt eingehen, dessen wir, SPD und Grüne, uns als Änderungsantrag angenommen haben. Wir werden das Zwei-Säulen-Modell für die Nachsorge in Nordrhein-Westfalen stärken. Wir haben auf der einen Seite den allgemeinen Sozialdienst der Justiz, das, was früher die Bewährungshelfer waren. Wir haben auf der anderen Seite die freiwillige Straffälligenhilfe. Wir haben in sehr intensiven Gesprächen darüber gesprochen: Wie viele Fälle werden da bearbeitet? Wie sieht die finanzielle Deckung dort aus? – Wir haben festgestellt, den freien Trägern müssen wir helfen. Wir haben im letzten Haushalt 700.000 € beantragt, und wir werden in diesem Haushalt noch einmal zusätzlich 1 Million € beantragen und hoffentlich gleich auch gemeinsam beschließen, um den freien Trägern hier unter die Arme zu greifen.

Im Rechtsausschuss gab es ja auch die Diskussion: Wie sind wir eigentlich auf die Zahl gekommen? Ich will dem Kollegen Wedel, der vielleicht gleich etwas dazu sagen wird, eine kleine Antwort geben. Wir haben uns hier sehr umfangreiches Zahlenmaterial geben lassen und haben sehr intensiv und transparent mit den freien Trägern darüber gesprochen. Das sind also keine erfundenen Zahlen, sondern sehr belastbare Zahlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lade Sie alle ganz herzlich ein, so wie die SPD-Fraktion dem Einzelplan zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Wolf. – Nun spricht Herr Wedel für die FDP-Fraktion.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Beratung des letzten Haushalts dieser Landesregierung gibt auch in der Rechtspolitik Anlass zur Bilanz.

Herr Minister, ein gewisses Talent zum Selbstmarketing kann man Ihnen wahrlich nicht absprechen. So habe ich nicht schlecht gestaunt, dass der Bundesrat beim Thema des gesetzlichen Vertretungsrechts unter Ehegatten Herrn Minister Wolf zum Beauftragten ernannt hat. Der zentrale Baustein Ihres Aktionsplans „Betreuungsvermeidung“ ist eine Initiative Baden-Württembergs. Dieses Beispiel ist symptomatisch für die rot-grüne Rechtspolitik – viel Marketing und wenig Substanz.

(Beifall von der FDP)

Um der nach der Silvesternacht erfolgten Ankündigung der Ministerpräsidentin zur verstärkten Nutzung besonders beschleunigter Verfahren endlich Leben einzuhauchen, verkündete Justizminister Kutschaty bei einem Pressefrühstück am 10. Oktober 2016, dass besonders beschleunigte Verfahren nunmehr nicht nur in Köln und Düsseldorf, sondern auch in neun anderen Großstädten durchgeführt würden. Man kann nur hoffen, dass die reisenden Täter dies nicht mitbekommen haben, sonst schlagen sie in Zukunft genau an anderer Stelle zu. Dazu, wie das Ganze umgesetzt werden soll, ist der Justizminister allerdings bis heute nicht sprechfähig. Ein Bericht ist nunmehr für Januar angekündigt.

Herr Minister, Ihre vornehmste Aufgabe ist es, die Justiz in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit zu machen. Doch auch bei den größten Baustellen der nordrhein-westfälischen Justiz – nein, ich meine nicht die JVA Münster – stolpern Sie mittlerweile über Ihr Marketing. Sie flüchten sich in Rabulistik, um die durch ihre langjährige Kommunikationslinie zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im Geschäftsbereich geweckten Erwartungen abzufangen. Leider kann ich das aus Zeitgründen nicht näher ausführen, aber dazu ist bestimmt an anderer Stelle noch Gelegenheit.

Nirgendwo wird die Diskrepanz zwischen rot-grünem Schein und Sein allerdings deutlicher als im Personalhaushalt der Justiz. Bei dem besagten Pressefrühstück ließ der Minister große Zahlen sprechen und verkündete völlig undifferenziert, seit seinem Amtsantritt im Jahre 2010 habe die Landesregierung 1.658 neue Stellen bei der Justiz geschaffen oder entfristet. Da war von einem gezielten Personalaufbau und einem Investitionsprogramm, das seinesgleichen sucht, die Rede.

Es war nicht die Rede davon, dass mit der Entfristung der 550 Stellen zwar den berechtigten Belangen der Betroffenen Rechnung getragen worden ist, dass aber deswegen kein zusätzlicher Mitarbeiter an seinem Arbeitsplatz ist.

Es war nicht die Rede davon, dass nach den letzten verfügbaren Zahlen 1.000 Stellen in der Justiz nicht besetzt waren und dass nach der letzten Personalbedarfsberechnung heute jeden Tag 41 Richter weniger am Start sind als 2010, während sich der Personalbedarf um 177 Richter erhöht hat, die Justiz also heute um 218 Richter schlechter dasteht als 2010. Bei den Staatsanwälten gilt dies mit einem Delta von 111 genauso.

Ebenfalls war nicht die Rede davon, dass Sie die Auswirkungen der PEBBSY-Fortschreibung gravierend unterschätzt haben. Nachdem Ihr Staatssekretär im Juni 2015 im Rechtsausschuss noch frohlockte, die Personalbedarfe hätten sich als zutreffend erwiesen, fehlen nun auf einmal zusätzlich 200 Richter an den Landgerichten. Angesichts des seit Ihrem

Amtsantritt zu verzeichnenden kontinuierlichen Anstiegs der durchschnittlichen Verfahrensdauer bei den Landgerichten – besonders markant in den erstinstanzlichen Zivilsachen von 7,9 auf 9,7 Monate und in den Strafsachen von 6,0 auf 7,8 Monate – ist dies doch keine besondere Überraschung.

Unter Ihrer Amtsführung, Herr Minister, ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Nichthaftsachen an den Landgerichten von 239 Tagen im Jahr 2010 Jahr für Jahr kontinuierlich um insgesamt 41 % auf 337 Tage angestiegen. Was tut der Minister dagegen? – Er tut nichts; jedenfalls nichts mehr. In der Ergänzungsvorlage finden sich keine zusätzlichen Stellen. Es gibt lediglich trotz zurückgehender Eingänge in der Sozialgerichtsbarkeit einige neue Sozialrichter, um sich im Wahljahr das soziale Mäntelchen umhängen zu können.

Herr Minister, Sie haben sich mit dem Nachtragshaushalt 2016 wohl schon verausgabt. Dann hat die Landesregierung für die nächste Wahlperiode noch 298 kw-Vermerke ausgebracht. Bevor Sie deren Prolongation in den Raum stellen, sollten Sie sich besser erst einmal mit dem Finanzministerium verständigen, das von deren Realisierung ausgeht.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf für 2017 trägt nicht zur Lösung der Probleme bei. Meine Fraktion wird ihn deshalb ablehnen, zugleich aber durch Änderungsanträge Wege für einen sinnvollen Mitteleinsatz aufzeigen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wedel. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Kollegin Hanses.

Dagmar Hanses (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan des Justizministeriums trägt dazu bei, dass wir eine effektive Justiz haben, die Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, einen humanen Strafvollzug mit dem Ziel der Resozialisierung, und er nimmt die große Herausforderung der Digitalisierung an.

Seit 2010 sind neue Aufgaben, die sich der Justiz stellen, immer mit Personal- und Sachmitteln hinterlegt. Wenn Aufgaben kommen, werden sie auch finanziert. Das, was CDU und FDP dargestellt haben, ist unhaltbar und eigentlich eine Unverschämtheit.

Wo sind Ihre Anträge? Sie tragen nichts Produktives bei, um im Justizhaushalt nach vorne zu kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben mit jedem Einzelplan insgesamt alle Berufsgruppen der Justiz gestärkt. Herr Wedel, dass

Sie erkannt haben, dass es einen Unterschied zwischen neuen Stellen und der Entfristung von Stellen gibt, ist schon mal ein Erkenntnisgewinn vom Rechtsausschuss zu heute. Allerdings ist von Ihnen völlig verschwiegen worden, dass der Minister im Ausschuss selbstverständlich auch darauf hingewiesen hat, wie viele Stellen nicht besetzt sind, dass es ein Bruchteil ist und wir eine gute Quote haben, so wie die Stellenbesetzung funktioniert.

Wenn die CDU sich ernsthaft zur JVA Münster äußert, kann ich nur sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. – Es ist unfassbar! Sie und Ihre Parteifreunde tragen die Verantwortung dafür, dass wir in Münster nicht weitergekommen sind, und selbstverständlich wird das Ministerium daraus Konsequenzen ziehen und andere Standorte finden. Das ist peinlich. Nehmen Sie Ihren Oberbürgermeister, Ihr Verteidigungsministerium und Ihre Partei in Münster mal zur Seite, weil das unglaublich ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Wedel, wir hatten ja schon eine Auseinandersetzung im Ausschuss darüber, wie die rot-grünen Haushaltsanträge, die wir im Ausschuss eingebracht haben, sich zusammensetzen und zustande gekommen sind. Extra für Sie habe ich es noch mal mitgebracht. Ich habe hier eine rote Mappe, und ich kann Ihnen verraten, dass der Kollege Wolf eine grüne Mappe hat. Darin hat die freie Straffälligenhilfe sehr detailliert für jede einzelne Beratungsstelle, für jede einzelne Maßnahme den Personalbedarf, die Sachmittel und die Ein- und Ausgaben dargestellt.

Genau daraus haben wir den Finanzierungs-Gap berechnet und ihn im letzten Haushalt und in diesem Haushalt mit Haushaltsanträgen der Fraktion hinterlegt, damit die wichtige Aufgabe der freien Straffälligenhilfe ausfinanziert ist.

Es ist ein Armutszeugnis für die FDP, dass Sie mit diesen wichtigen Verbänden keine Gespräche geführt haben. Ich rate Ihnen, das nachzuholen. Ich kopiere Ihnen gerne die Unterlagen und stelle sie Ihnen zur Verfügung.

(Sven Wolf [SPD]: Gibt es dazu eine Drucksachennummer?)

– Wir haben keine Strichdrucksache dazu. Aber es kommen ja die Controllingberichte. Die Controllingberichte der freien Straffälligenhilfe dürften auch Ihnen nicht entgangen sein. Sie werden Ihnen ja nun wirklich ins Postfach geliefert.

Ich möchte kurz in einer Minute die Förderbereiche der freien Straffälligenhilfe nennen, weil sie uns wirklich ein Herzensanliegen sind. Wir haben nämlich eine Haushaltsstelle noch einmal geteilt. Es gibt die Beratungsstellenarbeit und die Arbeit der Ehrenamtlichen.

Der nächste Bereich ist der Täter-Opfer-Ausgleich. Er führt zu einer hohen Zufriedenheit und bewirkt, dass auch Opfer zu ihren Rechten kommen.

Die gemeinnützige Arbeit ist wichtig, um Haft und Wiederstraffälligkeit zu vermeiden und so auch Geldbußen ableisten zu können.

Die Behandlung von Sexualstraftätern muss uns ein Anliegen sein; denn gerade in diesem Bereich leiden die Opfer darunter, wenn es zu Wiederholungstaten kommt.

Die Täterarbeit ist, anders als die CDU es immer darstellt, die andere Seite derselben Medaille des Opferschutzes.

Die Haftverkürzung hilft uns, Haft dadurch zu vermeiden, dass Haft schneller beendet werden kann. Deswegen ist die Zuwendung in diesem Förderbereich auch wichtig.

Ich möchte noch den letzten Bereich nennen: das Übergangsmanagement im Jugendarrest. Wir wissen, dass wir im Jugendarrest eine sehr hohe Rückfallquote haben. Alles, was wir da freien Trägern zur Verfügung stellen, damit Jugendliche künftig ein Leben ohne Straftaten führen können, hilft uns allen.

Wir unterstützen diesen Einzelplan. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Hanes. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Kern.

Nicolaus Kern* (PIRATEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal!

(Britta Altenkamp [SPD]: Nicht die zwei am Stream vergessen!)

Herr Minister, ich glaube – das konnten auch die Redner der Opposition schon darlegen –, dass es nicht Ihr Jahr 2016 war, wenn ich das einmal so salopp formulieren darf. Da heißt die Maus, glaube ich, keinen Faden ab.

Ich will jetzt auch nicht in den parteipolitischen Teil der SPD mit der Personalie Hinz abgleiten. Es macht keinen guten Eindruck, wenn der Leiter des Justizprüfungsamtes in seinem weiteren Kollegenkreis nicht mitbekommt, dass eine angegebene Ausbildung tatsächlich nicht absolviert ist. Wie gesagt, möchte ich das gar nicht weiter ausführen.

(Nadja Lüders [SPD]: Der „Leiter“ ist eine Präsidentin!)

– Ja. Aber der Justizminister trägt doch dafür auch noch die Verantwortung.

(Minister Thomas Kutschaty: Nein, ich bin gegenüber der Präsidentin des Justizprüfungsamtes nicht weisungsbefugt!)

– Gut; wenn Sie sich das jetzt ans Revers heften wollen. Ich finde, dass das für einen Justizminister keinen guten Eindruck macht.

(Zurufe von der SPD)

Die anderen Punkte, die im Raume stehen – die geräumte JVA Münster und 1.000 Schuss fehlende Munition in der JVA Ronsdorf –, liefern sich ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen um den Titel des hochnotpeinlichsten Vorfalles. Was wir uns im Rechtsausschuss anhören mussten, zeugt jedenfalls nicht von hoher Regierungskunst.

(Britta Altenkamp [SPD]: Piercen Sie sich demnächst wenigstens! Dann interessiert das wenigstens!)

Wir sind ja hier in diesem kleinen Kreis fast in einer Rechtsausschuss-Atmosphäre. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bemühen uns im Rechtsausschuss ja um eine vernünftige Diskussionsatmosphäre. Vielleicht kriegen wir das hier auch hin.

(Zuruf von der SPD: Aber nur fast!)

Natürlich sind – darauf wurde schon hingewiesen – die Vorfälle der Selbsttötungen in den Justizvollzugsanstalten besonders bedauerlich. Sie haben mit 18 einen Rekordstand erreicht, und das Jahr ist noch nicht abgeschlossen. Die Zahl liegt damit doppelt so hoch wie in den Vorjahren. Das ist äußerst bedauerlich und wirft tatsächlich kein gutes Licht auf den Strafvollzug.

(Britta Altenkamp [SPD]: Man sieht Ihnen die Trauer nicht an!)

Da müssen wir schauen – vor allem das Ministerium –, wie man dem entgegenwirkt.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir hatten uns gerade darauf verständigt, dass wir auch in der Haushaltsdebatte über Justizpolitik sprechen können. Dann möchte ich das auch gerne tun. Ich bin nicht ganz sicher, ob Videoüberwachung tatsächlich der allein selig machende Schlüssel zum Erfolg ist. Ich habe da meine Zweifel. Ich glaube, dass der letzte Vorfall nicht dazu geeignet ist, dieses Mittel komplett zu rechtfertigen und zu sagen: Damit haben wir eine super Lösung.

Ich möchte den Justizminister an dieser Stelle aber auch ausdrücklich loben. Er hat durchaus gezeigt, dass in der Landesregierung juristischer Sachverstand und Vernunft herrschen bzw. zumindest herrschen können.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass gegen den Vorstoß aus Hessen betreffend die Einführung eines § 112 StGB vernünftig argumentiert wird. Es kann nicht

sein, dass wir mit zweierlei Maß messen und Polizeibeamte ein höheres Rechtsgut darstellen oder eine besonders verteidigungswürdige Position im Vergleich zum Normalbürger haben. Ich glaube, dass diese Argumentation ganz schnell auf eine ganz schiefe Ebene führt. Ich finde es gut, dass Sie dort Widerstand leisten und auch bei der Verschärfung des § 238 StGB Zurückhaltung zeigen, bei der man auch ganz genau gucken muss, ob Handlungsbedarf besteht oder ob die Vorschriften, die wir zum Stalking bereits im Gesetz haben, ausreichen.

Aber natürlich – dabei bleibe ich auch – gibt es eine große rechtspolitische Flanke in der Justizpolitik. Damit verrate ich auch nichts Neues. Sie besteht darin, dass es immer noch keinen Rentenanspruch der Strafgefangenen für die Arbeit, die sie hinter Gittern verrichten, gibt. Wenn man von einem „BER der Justiz“ sprechen wollte, dann wäre es bei diesem Punkt. Denn nächstes Jahr jährt sich zum 40. Mal die Feststellung des Bundesgesetzgebers, dass im Strafvollzug ein Rentenversicherungsanspruch besteht.

Bislang ist dieser jedoch an der Finanzierungsfrage zwischen Bund und Ländern gescheitert. Für NRW geht es dabei um 40 Millionen €. Ich glaube, es stünde uns allen gut an, wenn wir dieses Versprechen an die Strafgefangenen endlich erfüllen würden. Die Umsetzung kostet uns, wie gesagt, umgerechnet 40 Millionen € im Jahr. Angesichts der anderen Summen, die heute in diesem Haus verhandelt wurden, scheint mir das eine machbare Summe zu sein. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kern. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Kutschaty.

Thomas Kutschaty, Justizminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Klarstellung möchte ich eine kurze Anmerkung zu Ihren Ausführungen machen, lieber Herr Kollege Kern. Der Justizminister von Nordrhein-Westfalen ist gegenüber der Präsidentin des Landesjustizprüfungsamtes nicht weisungsbefugt. Er darf auch nicht in die Prüfungsakten schauen und gucken, wer in Nordrhein-Westfalen ein Examen gemacht hat. Das müssten Sie als Jurist eigentlich wissen.

(Nicolaus Kern [PIRATEN]: Darum ging es nicht!)

Ich wäre in diesem Zusammenhang schon fast daran interessiert, einmal in Ihre Akten zu gucken.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Nicolaus Kern [PIRATEN]: Das können Sie machen!)

Nachdem ich mir die anderen beiden Oppositionsparteien angehört habe, kann ich feststellen: Es gibt

keine Koalition in der Opposition. Das muss auch nicht sein. Es ist sogar gut, dass Sie unterschiedliche Ansichten haben. Diese Ansichten stehen aber derart entgegengesetzt zueinander, dass ich glaube: So schlecht sind wir in der Landesregierung gar nicht, was die Rechtspolitik anbelangt.

Der eine sagt, wir gäben zu viel aus, während der andere sagt, hier und da fehle etwas. Irgendwie ist das doch schon sehr eigenartig.

(Nadja Lüders [SPD]: Dann machen wir alles richtig!)

Ich nenne Ihnen einen Leitgedanken, der die nordrhein-westfälische Justizpolitik dieser Landesregierung und auch der Koalitionsfraktionen bestimmt. Die Justiz in unserem Lande muss für jeden erreichbar sein; sie muss aber auch jeden erreichen. Was den zweiten Teil anbelangt, dass die Justiz jeden in diesem Lande erreichen muss, brauchen wir uns für die Arbeit der letzten sechs Jahre nicht zu verstecken, glaube ich.

(Beifall von der SPD)

Wir haben die Maßnahmen zur Strafverfolgung ausgebaut und allein in diesem Jahr 300 neue Stellen für schnellere Verfahren und eine bessere Vernetzung der Strafverfolgungsbehörden in diesem Land geschaffen. Wir begegnen neuen Kriminalitätsphänomenen mit speziellen Abteilungen bei den Staatsanwaltschaften.

Die Kriminalität verändert sich. Der Bankräuber von heute geht nicht mehr mit einer über den Kopf gezogenen Strumpfhose in die Bank, sondern setzt sich an seinen Computer. Es kommen ganz andere Herausforderungen auf die Justiz und die Strafverfolgung zu.

Darauf reagieren wir zeitgemäß und angemessen, zum Beispiel mit einer Zentralstelle für die Bekämpfung von Cyberkriminalität in Nordrhein-Westfalen. So reagieren wir passgenau auf aktuelle Kriminalitätsphänomene. Wenn wir die Leute dann noch entsprechend verurteilen, sorgen wir dafür, dass die erste Verurteilung auch möglichst die letzte bleibt.

Nordrhein-Westfalen ist mit seinem behandlungsorientierten Strafvollzug bundesweit das Vorzeigeland, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ja, wir investieren in diesem Bereich auch in Steine. Wir werden in den nächsten Jahren mehr als 700 Millionen € in die Komplettsanierung bzw. den Neubau von fünf Justizvollzugsanstalten investieren. Wir investieren aber insbesondere in den Faktor Mensch; denn der Faktor Mensch ist der entscheidende Faktor in der Behandlung unserer Strafgefangenen. In den Menschen zu investieren, ist ein aktiver Baustein zur Sicherheit.

Damit die Justiz für jeden erreichbar bleibt – das ist der erste Teil unseres Leitgedanken –, bemühen wir uns natürlich auch, Möglichkeiten zu schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger möglichst schnell, effektiv und kostengünstig zu ihrem Recht kommen bzw. Rechtsschutz genießen. Im Entwurf zum Haushalt 2017 haben wir Ihnen weitere Vorschläge dazu unterbreitet.

Wir wollen die Sozialgerichtsbarkeit als besonders belastete Gerichtsbarkeit weiter stärken. Das sind Verfahren, von denen die Menschen besonders existenziell betroffen sind. Deshalb müssen wir auch dafür sorgen, dass diese Verfahren nicht allzu lange dauern.

Wir stärken die Amtsgerichte in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Mal, insbesondere um die Frage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge schnell beantworten zu können. Hier geht es um Menschen; hier geht es um Kinder. Auch da sind wir gefordert, schnell Klarheit zu schaffen.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Modernisierung der Justiz in unserem Lande ein. Wir sind es heute schon gewohnt, online einkaufen zu können. Meine Damen und Herren, in einigen Jahren werden Sie in Nordrhein-Westfalen auch online eine Klage einreichen können. Wir setzen gerade die Grundvoraussetzungen dafür um. Die ersten Pilotgerichte sind an den Start gegangen. Wir digitalisieren unsere Justiz. Das sorgt für schnellere Verfahren sowie für bessere Arbeitsmöglichkeiten bei den Justizbeschäftigten und stärkt insgesamt auch die Justiz.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Dort, wo Handlungsbedarf besteht, investieren wir punktgenau in die Justiz. Dort, wo wir handeln müssen, handeln wir. Deswegen ist der Haushaltsentwurf 2017 ein guter Haushaltsentwurf. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Bleiben Sie bitte am Pult. Es gibt eine angemeldete Kurzintervention aus der Piratenfraktion. Dazu hat Herr Kern jetzt das Wort. Bitte schön.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Britta Altenkamp [SPD]: Wer hätte das gedacht?)

Nicolaus Kern^{*)} (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, ich habe ich Ihnen nicht unterstellen wollen, dass Sie die Akten einsehen können. Ich wollte aber festgestellt wissen ...

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, ist klar! – Gegenruf von Simone Brand [PIRATEN]: Jetzt lässt ihn doch einmal ausreden!)

Ich finde aber, dass es keinen guten Eindruck macht, wenn Sie an diesem Punkt noch einmal einsteigen.

(Zurufe von der SPD)

Es macht insgesamt für die Politik einfach keinen guten Eindruck.

Um Ihre Neugierde zu befriedigen und weil Sie ausweislich Ihrer Aussage nicht in die Akten schauen können, biete ich Ihnen aber an,

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, vom Gesetz her kann er das nicht! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Noch nicht einmal zuhören können Sie!)

Ihnen meine Examen vorzulegen, weil Sie Zweifel gehegt haben, ob ich die entsprechende Befähigung hätte. Das biete ich Ihnen hiermit an.

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, auch nicht! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Auch nicht!)

Thomas Kutschaty, Justizminister): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme jedes Argument der Oppositionsfractionen sehr ernst und versuche, in meinen Wortbeiträgen auf die Vorredner einzugehen. Aber mehr ist mir zu Ihrem Beitrag heute leider nicht eingefallen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Zuruf von Nicolaus Kern [PIRATEN])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Kutschaty. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 04. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/13504, den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte dem folgen? – SPD und Grüne wollen dem folgen. Wer will dem nicht folgen? – CDU und FDP folgen dem nicht, die Piraten folgen dem nicht, und Herr Schulz, fraktionslos, folgt dem auch nicht. Habe ich jemanden übersehen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 16/13504 in zweiter Lesung** mit breiter Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 06
Ministerium für Innovation, Wissenschaft und
Forschung**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/13506

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Berger das Wort.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in der Wissenschaftspolitik hebt sich nun der Vorhang zum letzten Akt

(Unruhe – Glocke)

des Dramas.

(Heiterkeit von der CDU)

Wir werden also den letzten Haushalt der Wissenschaftsministerin Schulze heute hier in diesem Haus besprechen.

Ich will aber einmal mit einer positiven Botschaft dieses Haushaltes beginnen. Es stimmt; der Haushalt ist angestiegen. Wir diskutieren heute den historisch höchsten Wissenschaftsetat des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Damit enden allerdings auch schon die positiven Botschaften.

(Beifall von der CDU – Zurufe: Oh!)

Denn man muss natürlich die Entwicklung und den Aufwuchs des Haushalts in Zusammenhang mit der Steigerung der Studierendenzahlen setzen. Wir stellen fest: In den letzten Jahren sind die Studierendenzahlen um 40 % angestiegen, während beispielsweise die Grundfinanzierung nur um 21 % gestiegen ist. Das sagen nicht wir; das sagen die Hochschulrektoren.

Das schlägt sich auch in Zahlen nieder. Das haben wir ja an dieser Stelle schon mehrfach aufgezeigt. Das Land Nordrhein-Westfalen gibt im Schnitt 5.300 € pro Studierenden aus. In Thüringen sind es weit über 9.000 €. Allein diese Diskrepanz zwischen 5.300 € für einen Studierenden hier und 9.000 € für einen Studierenden woanders zeigt, dass es unfair und ungerecht zugeht, und zeigt, dass wir in Nordrhein-Westfalen leider wieder auf einem Abstiegsplatz stehen.

Das geht auch weiter. Wir haben eine Antwort auf eine kleine Anfrage vorliegen. Diese Anfrage ist von der FDP gestellt worden, und zwar von Frau Freimuth. Nicht nur bei den Pro-Kopf-Aufwendungen sind wir auf dem letzten Platz, sondern auch bei der Betreuungsrelation. 2010 haben sich 82 Studierende einen Professor geteilt. 2014 waren es fast 100. In der gleichen Zeit ist es in Thüringen zu einer Verbesserung der Relation von 53 auf 50 gekommen. In Nordrhein-Westfalen sind es 100 Studierende pro Professor, in Thüringen 50 Studierende pro Professor.

Frau Schulze, was sagen Sie nun dazu? Ich zitiere aus der „Westdeutschen Zeitung“. Sie sagen, die